

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag der E. Moch'schen Buchdruckerei (Jahrgang D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg  
Mk. 1.00. Durch die Post  
in Orts- und Oberamts-  
bezirk, sonst im In- und  
Ausland, Mk. 1.20. Post-  
gebühren. Preise frei-  
willig. Preis einer Nummer  
10 Pf.  
In allen Böh. Gerichte  
wird kein Anspruch auf  
Erstattung der Zeitung ab-  
zuwärtigung des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Buchhandlungen, sowie Kapi-  
tal- u. Kassenbuchhändler  
sicher entgegen.  
Jahrespreis Nr. 4.  
Post-Nr. 24  
E. Moch'sche Buchdruckerei.

**Anzeigenpreis:**  
Die einsp. Zeile oder  
deren Raum im Bez. 20,  
außer 25 Pf. Zeil.-Z.  
50 Pf. mit Inf.-Steuern.  
Kollekt.-Anzeigen 100%  
Zuschlag. D. H. u. Aus-  
landsverteilung 20 Pf. Bei  
größ. Aufträgen Rabatt,  
der im Falle des Nach-  
verfahrens hinfallt, wird,  
ebenso wenn Zahlung  
nicht innerhalb 8 Tagen  
nach Rechnungsdatum  
erfolgt. Bei Fortfüh-  
rungen treten sofort alle  
früh. Vereinbarungen  
außer Kraft.  
Gerichtshand für beide  
Teile: Neuenbürg.  
Für tel. Anst. wird keine  
Gehalt übernommen.

Nr. 136.

Dienstag, den 15. Juni 1926.

84. Jahrgang.

## Deutschland.

**Stuttgart, 14. Juni.** Im Gustav Sieglehaus land gestern, wie schon kurz gemeldet, eine Kundgebung gegen die entschädigungslose Fiskusenteignung. Hauptredner war Alfred Koch. Er sprach dann weiter für die Deutsche Volkspartei (Generalsekretär a. D. Haas), für die Beamten Landesgerichtsrat Dr. Weg, für den Haus- und Grundbesitzerverein Gustav Behmer, für die Bäcker- und Metzgervereine, für die Mittelstandsbund- und Landesbauernvereine, für die Nationalsozialistische Kampfbund-Rechtsanwälte. Alle Reden spielten in der Hauptsache um 20. Juni sich an der Wahl nicht zu beteiligen.

**Berlin, 14. Juni.** Aus Prag wird der „D. N. Z.“ die Beschlüsse der gesamten Grundbesitzer des deutschen Reiches (Teil durch das sächsische Bodenamt gemeldet. Die Exekution soll in der nächsten Woche zur Durchführung kommen.

## Neuanforderung.

Die der Förderung des Wohnungsaufbaus dienende staatliche Wohnungskreditanstalt, deren Bestimmung die Vergabe von Darlehen zu angemessenen Zinsen ist, ist wegen Erschöpfung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel seit Monaten nicht mehr in der Lage, Darlehen zu erteilen. Die Neuanforderung droht infolgedessen in vielen Städten zu geraten. Um dem entgegenzutreten, haben die Abgeordneten Scheel und Dr. Haas (D. N.) zu der im Landtag bevorstehenden Beratung des Reichs-W. Ministeriums des Innern, folgenden Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: durch Aufnahme eines weiteren größeren Darlehens die Mittel dafür zu beschaffen, daß allen bis jetzt eingetragenen und im Laufe des jetzigen Rechnungsjahres noch einzutragenden, berechnungsrechtlichen Darlehensgesuchen in angemessener Weise entsprochen werden kann.

## Ein Sozialist für das deutsche Volk.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ nimmt der ehemalige oberbayerische Außenminister Dr. Mataja in hochherzoglicher Stellung die Stellung zum Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer. Mataja betont, daß bei einem Sieg der Enteignungsparieren jeder Verletzung des Eigentumsrechts Tor und Tür geöffnet wäre und die bürgerliche Gesellschaft vor der Auflösung stünde. Mataja begrüßt lebhaft die Haltung Hindenburgs, der ein Staatsmann von großem Formate ist und stellt an die Demokraten die Frage, ob ihnen nur der Hindenburg gefalle, der die Verleumdung läßt, nicht auch der, der die Unverletzlichkeit der Rechtsgrundlagen des Staates betone. Wenn der 20. Juni nicht glücklich vorübergehe, schreibt Mataja weiter, dann würde in Deutschland eine lähmende, verderbliche, in ihren Konsequenzen unübersehbar soziale Krise entstehen. Es wäre ein Konflikt zwischen dem deutschen Volk und seinen politischen Parteien, dem Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen haben sich bei den letzten Wahlen (1925) nur rund 10 Millionen Stimmen aneignert, das ist etwa ein Drittel der abgegebenen Stimmen, also ein Viertel der Stimmberechtigten. Diese Krise ist gar nicht ohne weiteres lösbar, und würde das gesamte innere politische Gleichgewicht Deutschlands ins Wanken bringen. Deshalb ist es ja ganz unangebracht, daß die deutschen Sozialdemokraten sich in diese Bahn haben drängen lassen. Wenn der 20. Juni nicht glücklich vorüber, dann stehen wir über dem Vorabend einer neuen Situation in Europa, denn die Staatskrise in Deutschland würde die Verhältnisse von Grund auf ändern. Mataja schließt seinen Aufsatz mit den Worten: die Sozialdemokraten haben sich auf ein sehr gewagtes Experiment eingelassen. Hoffen wir, daß kein Unglück daraus entsteht.

## Das Handwerk gegen den Volksentscheid.

**Berlin, 10. Juni.** Der Vorstand des Deutschen Handwerkerbundes erhebt zum Volksentscheid einen Aufruf, in dem es heißt: Am 20. Juni soll das deutsche Volk entscheiden, ob das Privateigentum der Fürsten enteignet werden soll. Nach der deutschen Reichsverfassung und den Rechtsgrundlagen aller Kulturvölker ist das Privateigentum unantastbar. Das Handwerk hat bisher gegen die Sozialisierung und Kommunalisierung immer anfechtend wirken und hart empfinden, wie gewaltig diese Anträge in Wirtschaft und Leben sind. Aus allen diesen Gründen sieht sich daher der erweiterte Vorstand des Deutschen Handwerkerbundes veranlaßt, das gesamte deutsche Handwerk aufzufordern, am 20. Juni, dem Tage der Abstimmung über die Enteignung der Fürsten, die Wahlurne fernzuhalten. Handwerker, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen zur Teilnahme gezwungen werden müssen, werden ersucht, in diesem Falle durch Stimmzettel abzugeben.

## Berliner Pressestimmen zum Austritt Dr. Schachts.

**Berlin, 13. Juni.** Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat, wie schon mitgeteilt, in einem Schreiben an den Staatsvorstand der Deutschen demokratischen Partei seinen Austritt erklärt mit der Begründung, er habe in der Frage des Volksentscheides keine entscheidungsgewisse Unterstützung der Partei erwartet. Das „Berl. Tageblatt“ würdigt das Verhalten Schachts, der auf dem letzten Fingerg der Demokratischen Partei gestanden habe. Das Blatt fragt: „Hat er sich jetzt so entwickelt, daß auch eine Erklärung ihm nicht mehr genügt, die das Prinzip des Privateigentums entschieden betont? Herr Dr. Schacht hat sich an den Beratungen des Parteivorstandes nicht beteiligt. Wenn er Bescheid hätte, hätte er sie rechtzeitig vorbereiten, vielleicht ihren Gehalt verschaffen sollen. Wir behaupten, daß er kein Talent für die Überwindung dieser Schwierigkeiten aufgewiesen hat, auch seine Autorität nicht für die Durchsetzung des erstrebten Kompromisses einsetzt, das ein wenig spät, Entschlüsse, die seine bisherigen Gegner auf der rechten Seite mit Freude erfüllen.“ Die „Tägliche Rundschau“ meint, daß der

Austritt des Reichsbankpräsidenten für die Demokratische Partei eine Mitbestimmung ist. Die Demokratische Partei nenne sich gern die Vertreterin wirtschaftlich bedeutender Kreise und habe sich deshalb auch stets mit großer Vorliebe des Namens des Reichsbankpräsidenten zu bedienen. Mit diesen Kreisen aber habe sie unter der Führung des Herrn Koch jede Fühlung verloren. Sie habe sich zur Schließung der Sozialdemokratischen Partei gemeldet und bei der Ausgabe ihrer Karte zum Volksentscheid vor der Sozialdemokratischen Partei kapituliert. Sie werde sich nicht zu wundern brauchen, daß sie dafür jetzt die Quittung erhalte. Der „Tag“ behauptet, Dr. Schacht habe sich schon seit längerer Zeit immer scharfer gegen die Politik der Reichstagsopposition der Demokraten ausgesprochen. Nachdem der Parteiausschluß kurz vor Pfingsten den bekannten Beschluß auf Freistellung der Abrechnung beim Volksentscheid gefaßt habe, habe Dr. Schacht geglaubt, die Verantwortung, die er gegenüber der deutschen Wirtschaft trage, mit dieser Stellungnahme der Demokratischen Partei, die im wesentlichen unter dem Einfluß der Frankfurter Richtung zustande gekommen sei, nicht mehr vereinbaren zu können. Der Reichsbankpräsident habe sich mehrfach dahin geäußert, daß die Nichtstimmung im Ausland gegen Deutschland wieder zunehme, weil man allgemein mit dem Kampf für das sozialdemokratisch-kommunistische Enteignungsgesetz eine neue wirtschaftliche Krise in Deutschland befürchte. Vom „Demokratischen Weltendienst“ wird demgegenüber erklärt, daß sich Dr. Schacht in keiner anderen Frage als der des Volksentscheides in Konflikt mit der Parteileitung befindet habe.

## Was will der Volksentscheid?

Von den verschiedensten Seiten sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß in der breiten Öffentlichkeit eigentlich gar nicht genügend bekannt ist, über was denn eigentlich die Abstimmung am Sonntag die Entscheidung fallen solle, dies zugleich mit dem Erfassen, das Gesetz, um das es sich dabei handelt, hier zu veröffentlichen. Die meisten Gründe entsprechen wir hiermit, indem wir darauf hinweisen, daß das Besondere dieses Gesetzes darin liegt, daß das gesamte Vermögen, also auch das reine Privatvermögen der früheren Fürsten und nicht nur dieses, sondern auch ihrer Familien und Familienangehörigen enteignet werden soll, und daß diese Enteignung ohne Entschädigung, also ohne Abfindung oder Ersatz, geschieht; unter gleichzeitiger Aufhebung sämtlicher über eine friedliche Auseinandersetzung zwischen einzelnen Ländern und Fürstentümern bereits geschlossenen und rechtsgültig gewordenen Verträge. Das „Ja“ der Abstimmung wird also für die entschädigungslose Gesamteignung stimmen, während die, die diese Lösung nicht wünschen, ihr Kreuz auf dem Abstimmungsstempel in den Kreis für „Nein“ einzeichnen müssen. Das Gesetz, um das es geht, lautet:

## Gesetz zur Enteignung der Fürstentümer.

Auf Grund des Artikels 133 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel 1. Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstentümer, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet. Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Bundes, in dem das betreffende Fürstentum bis zu seiner Abhebung oder Abhandlung regiert hat.

Artikel 2. Das enteignete Vermögen wird verwendet zu:

- a) der Erziehung, b) der Kriegsverwundeten- und Kriegerehrenrehabilitation, c) der Sozial- und Kleinrenten, d) der bedürftigen Opfer der Inflation, e) der Landarbeiter, Kleinrenten und Kleinrenten durch Schaffung von Siedlungs- und dem enteigneten Landbesitz. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen für Kriegsverwundete, Kriegerehrenrehabilitation, Sozial- und Kleinrenten, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel 3. Alle Verfügungen, einschließlich der Hypothekensicherungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel 4. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach Amtlicher Verkündung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels 2 dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstentümer durch die Länder zu treffen.

## Ausland.

**Paris, 14. Juni.** Vaudouin fordert neue Steuern zur Behebung der Finanznot.

**London, 14. Juni.** England wünscht die Beibehaltung des gegenwärtigen Standes in Marokko.

**Wien, 14. Juni.** Die kaiserliche Artillerie bombardiert die Damaus umgebende Oase, in der sich die Truppen konzentriert.

**London, 14. Juni.** Wie aus Johannesburg nach London berichtet wird, wird der frühere Kaiser Wilhelm II. bei dem Gericht in Windhof in Südafrika ein Gesuch um Zurückerstattung seiner im Mandatgebiet gelegenen Güter stellen. Die Güter wurden im Jahre 1912 von den Hohenollern erworben. Der Kaiser stellt sich nun auf den Standpunkt, daß sie Eigentum der Hohenollernfamilie seien und nicht unter die Bestimmungen des Versailler Vertrages fielen.

## Klage Ungarns bei dem Schweizer Gericht wegen fälschlicher Mißhandlung des ungarischen Ministerpräsidenten.

Der Chef der beim Völkerbund akkreditierten ungarischen Delegation klagte bei dem Schweizer Gericht wegen fälschlicher Mißhandlung des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen bei Ausübung seiner Pflicht als Repräsentant eines Mitgliedsstaates eine Klage ein. Der Täter wurde gestern von der Polizei vernommen und erklärte, er habe ausschließlich aus politischen Motiven gehandelt. Er wurde in das Gefängnis überführt. Wie jetzt festgestellt wurde, ist der Täter vor einiger Zeit wegen Hochverrats und Betrugs in mehreren Jahren Gefängnis verurteilt worden.

## Italienische Gerechtigkeit.

Den 2 jungen Südtirolern, die im November v. J. in einem bozener Goldhaus wegen angeblicher Geheimbündelei verhaftet, in Ketten gelegt und ins Gefängnis geführt wurden, kann so gut wie nichts Strafbares nachgewiesen werden. Der Untersuchungsakt ist, wie der „Neuen Freien Presse“ aus Innsbruck geschrieben wird, am 3. Mai von Triest mit dem Befehl zurückgekommen, daß das gegenwärtige Material zur Erhebung einer Anklage nicht hinreicht. Trotzdem erwiderte der bozener Staatsanwalt Dr. Torricolo telegraphisch um eine zweimonatige Verlängerung der Strafuntersuchung, die auch bewilligt wurde. Die Angehörigen der Verhafteten sind inzwischen in Rot geraten, und die Verteidiger haben sich mit einem neuerlichen Einbruch an das Justizministerium in Rom gewandt. So unter den Verhafteten auch österreichische und deutsche Staatsangehörige sich befinden, wäre es wohl Aufgabe der Regierungen in Berlin und Wien, der Sache auch ihrerseits nachzugehen.

## Die Wahrung der elbischen Autonomie.

**Paris, 14. Juni.** Das „Journal“ meldet, daß der Justizminister Laval für nächsten Dienstag den Generalkommissar für elbisch-lithringische Angelegenheiten, den Präsidialrat von Straßburg und die Präsidenten der elbisch-lithringischen evangelischen und reformierten Landeskirchen zu sich nach Paris ins Justizministerium befohlen hat, um mit ihnen die Sanktionen zu besprechen, die gegen die Priester und Pastoren ergriffen werden sollen, die das autonomistische Manifest unterzeichnet haben.

## Zusammenhänge in Lille.

**Paris, 14. Juni.** In Lille kam es gestern zu ersten Zusammenstößen zwischen Katholiken und Sozialisten. Während am Schluß der Messe die Menge vor der Kirche gefesselt wurde, tauchte plötzlich eine Schar von Sozialisten auf, die die Internationale sang. Trotz des kürzlich von den Behörden erlassenen Verbots veranstalteten darauf die Katholiken eine Prozession durch die Stadt, verfolgt von den lärmenden Sozialisten. Trotzdem konnten Zusammenhänge vermieden werden: Wädhlich aber tauchte in verschiedenen Autos eine Schar anderer Gruppen auf, die anstiegen und sich auf die Sozialisten warften. Es gab ein blutiges Handgemenge bei dem verschiedene Personen schwer verletzt wurden.

## Um Abd el Krim.

**Paris, 14. Juni.** „Petit Parisien“ will wissen: Die heute in Paris beginnende französisch-spanische Maroffkonferenz werde beschließen, daß Abd el Krim, keine Verhandlungen und keine nähere Umgebung, im Ganzen etwa 40 Personen, nach einer französischen Kolonie, wahrscheinlich nach Madagaskar, deportiert werden soll. Spanischerseits würde man ja gerne sehen, wenn Abd el Krim den spanischen Behörden als Kriegsgefangener ausgeliefert werden würde; aber da er sich den Franzosen freiwillig ergeben habe, könnten sie ihn nicht ausliefern. Die in der Gefangenenschaft umgekommenen spanischen Offiziere, deren Tod die Spanier Abd el Krim zum Vorwurf machen, seien übrigens an Tausch geflohen.

## Aus Stadt und Bezirk.

— Auf Grund der am 20. Mai und den folgenden Tagen abgehaltenen 2. Dienstprüfung ist unter 63 Lehrern und Lehrertinnen zur künftigen Anstellung an evangelischen Volksschulen befähigt erklärt worden: Sieb, Wilhelm von Bernbach.

— Der Herr Staatspräsident hat u. a. eine Lehrstühle an der evangelischen Volkshochschule in St. Otf. Balingen dem Unterlehrer Gustav Schaidle in Waldrennach übertragen.

**Neuenbürg, 13. Juni.** (Eingefandt.) Volksentscheid — Fiskusenteignung lautet das Thema, welches am Samstag Abend in einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung behandelt wurde. Nach kurzen einleitenden Worten des Vorsitzenden, Gemeinderat Dietrich, erteilte derselbe dem Referenten, Gewerkschaftssekretär Eichler aus Stuttgart das Wort, welcher eingangs seiner Ausführungen mit kurzen Worten auf das Volksbegehren zurückkam, die 12½ Mill. Unterhändler würdigte und dabei betonte, daß die beiden Parteien, welche das Volksbegehren beantragten, bei den letzten Reichstagswahlen nur 10½ Millionen Stimmen aufbrachten. Daran geht klar und deutlich hervor, daß auch ein ganz bedeutender Teil der bürgerlichen Parteien sich diesen ins unangenehme gerunden Forderungen der ehemaligen regierenden Fürsten widersetzt. So dann wählte der Referent in klaren, leicht verständlichen, von großer Sachkenntnis zeugenden Worten die heutige Wirtschaftskrise, ihr Ursache und Auswirkung. Das verlockt aber, was die Unternehmern tun können, sei der allgemeine rückläufige Lohnabbau. Derjenige Unternehmer, der da glaube, daß durch diesen rigorosen Lohnabbau unsere Wirtschaft wieder gesunde, der befände sich ganz gewaltig auf dem Dolmen. Anstatt die Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes zu heben, um dadurch den Bedarf an Produkten zu steigern, wird derselbe immer mehr herabgedrückt. Und als unausweichliche Folge re-

einer Breite von 600-1000 Meter zerstört worden. In Ghang de-Nebel sind etwa 15 Häuser und das Schulhaus, die auf einer Anhöhe lagen, zerstört worden. Von einem Hause wurde das Dach fortgetragen. Die benachbarten Häuser sind bis auf die Grundmauern zerstört. Ein fünf Meter hohes Haus wurde umgelehrt.

**Polen beansprucht einen händigen Katsch.**

Paris, 14. Juni. Der polnische Außenminister Jalewski erklärte einem Vertreter des "Figaro", Polen sei überzeugt, daß es, ebenso wie Deutschland, ein Recht (?) auf einen händigen Sitz im Völkerverbund habe. Dieses Recht gründe sich auf die geographische Lage Polens und seine Bedeutung als Brücke zwischen Mittel und Ostasien. Außerdem bestehe eine enge Verbindung zwischen der Frage eines händigen Katsches für Polen und den Locarno-Verträgen. Polen verfolge mit Interesse das Verhalten Spaniens und Brasiliens. Die gegenwärtige Krise im Völkerverbund würde keine Entfremdung Spaniens und Brasiliens herbeiführen. Der Minister erklärte weiter, Polen lege Wert darauf, mit Rußland gute Beziehungen aufrecht zu erhalten.

**Ein trübes Bild Loucheurs.**

Paris, 14. Juni. Das "Paris Journal", welches Eigentum Loucheurs ist, bringt heute in der auffallendsten Weise einen Artikel, den man mit Zug und Recht Loucheur zuschreiben kann. Darin wird ein Hinweis auf die finanzielle Situation Frankreichs gegeben, der zweifellos keine Rückwirkungen haben wird. Loucheur behauptet, daß der Staat außerordentlich große Ausgaben habe, denen keine Einnahmen gegenüberstünden. Nach den Reichslisten, die Loucheur am 1. Dezember 1926 durchgereicht habe, sei es möglich gewesen, acht Milliarden zusammenzubringen (beträchtlich zum größten Teil durch Inflation und nur zum Teil durch neue Steuern). Von diesen 8 Milliarden seien 7 bis zum 1. Juni verbraucht worden, und nur eine Milliarde habe zur Verfügung gestanden, das heißt mit anderen Worten, daß der Staat seit Dezember jeden Monat eine Milliarde mehr

verausgibt habe, als er eingenommen habe. Dazu komme noch, daß von dem Notenbestand des französischen Schatzamtes jährlich 300 Millionen ausgegeben würden. Die Kammer sei bisher nicht in der Lage gewesen, diese Tatsache festzustellen, aber die Ausgabe von 300 Millionen erfordere zur Wende des Sinkens des Frankensfußes. Infolgedessen müsse man zu der Feststellung gelangen, daß wenigstens 3 Milliarden neue Einnahmen notwendig seien. Dazu komme noch eine schwebende Schuld von 50 Millionen, durch die der französische Staat bedroht sei. Es sei das Wichtigste, das Finanzreformkomitee einzuberufen, um neue Einnahmequellen zu schaffen. Das Ausland müsse über die französischen Einnahmen volle Verurteilung haben. Mit dem Gleichgewicht allein sei nichts getan. Wenn man den Morgantkredit leichtsinnigweise ausgegeben habe, so habe auch das zu nichts geführt. Man habe sich eben nur Illusionen hingegen. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, energisch zu handeln. Das Uebel müsse an der Wurzel angegriffen werden, sonst sei alles rettungslos verloren.

**Aufregung an der Pariser Börse.**

Paris, 14. Juni. Liquidations-Markruf, daß Frankreich von den acht Milliarden Inflationsgeldern, die im Dezember bewilligt worden waren, bereits sieben Milliarden verbraucht, jedoch mit einer neuen Inflation gerechnet werden muß, tat heute seine volle Wirkung. Das Pfund Sterling erreichte 174, der Dollar 84. Die Intervention mit den 100 Millionen Dollars des Morgantkredits war also vollkommen wirkungslos. Die Aufregung an der Pariser Börse erreichte heute eine noch nie gekannte Höhe. Trotz strömendem Regen fanden die Leute in der Börsenbörse und auf den Treppen zum Börsengebäude, wo die internationalen Werte und die sogenannten Schuldenwerte gehandelt werden, während der zwei Wochenstunden in drangvoller Händellicher Enge und kalten Sidariffaner, Mexikaner und Türken zu den abenteuerlichen Preisen, die alle ausländischen Briten weit übertrafen. Kurssteigerungen bis zu tausend Franken von einer Aktie waren zu verzeichnen. Niemand dachte während der Börse daran, die er-

zielten Gewinne zu realisieren, niemand verkaufte, alles lief in wildem Taumel.

**Verlängerung des Kriegsbündnisses der kleinen Entente.**

Paris, 14. Juni. Heute wurde in Bularch der Vertrag unterzeichnet, wodurch der rumänisch-schweizer-italienische Allianzvertrag auf drei Jahre verlängert wird.

**Chamberlain über die russischen Hilfsgeber.**

London, 14. Juni. Außenminister Chamberlain beantwortete im Unterhaus verschiedene Anfragen über die russischen Hilfsgeber und erklärte, daß er dem russischen Reichsminister London, Rakowski, mitgeteilt habe, daß die englische Regierung die englisch-russischen Beziehungen für die Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen sei und die Regierung zu keinen neuen Verhandlungen mit Rakowski schreiten könne, solange diese Propaganda andauere. Er wies den britischen Geschäftsträger in Moskau vor einigen Tagen an, die Sowjetregierung mitzutellen, daß die englische Regierung nicht hilfsbereit über die Finanznotlage der russischen Finanzkommissionen, welche eine besondere Genehmigung zur Geldüberweisung zwecks Unterstützung des russischen englischen Generalstabs erteilt habe, hinweggehen könne.

**Wittrauen in Spanien.**

Madrid, 14. Juni. Der Verlauf der heute in Madrid beginnenden Marokko-Verhandlungen wird hier mit großer Spannung erwartet. Einseitige Kreise versichern, daß unannehmbare Forderungen stelle, und zwar bereit, in Spanien, um lästige Aufstände zu verhindern, könnten die ganze Mittelmeer-Region militärisch besetzt halten oder sich mit der zösischen Kontrolle in der spanischen Zone einverstanden erklären müsse. Vieles wird gesagt, daß das Ausbleiben des Krims das Marokko-Problem bedeutend erschwere. Man hätte dies eigentlich voraussehen müssen und hätte sich bemühen, die Bildung eines halbautonomen Reiches zu verhindern. Auch über die Folgen des Bündnisses mit Frankreich wird hier ungünstig gesprochen.

**Zwangsversteigerung.**

Am Mittwoch den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, kommt in Schwann gegen Barzahlung öffentlich zum Verkauf:  
**1 neue Molkerei (Mahlmühle und Presse)**  
Zusammenkunft am Rathaus in Schwann.  
Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

**Gemeinde Ottenhausen.**

**Das Beerenjammeln**

in den hiesigen Gemeindefeldern vor 1. Juli d. J. ist bei strenger Strafe verboten.  
Den 12. Juni 1926.  
Gemeinderat: Vors. Rejler.

Neuenbürg, 15. Juni 1926.

Schmerz erfüllt machen wir die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Frau und Mutter

**Katharine Heermann,**  
geb. Degensfelder,

unerwartet rasch gestorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

**Karl Heermann mit Kindern.**

Beerdigung: Donnerstag nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle aus.

**Weder Sonne noch Wasser**

schaden unseren schönen Stoffen aus Baumwolle, Leinen u. Kunstseide, denn dieselben sind garantiert indanthrenfarbig das heißt wasch-, licht-, trag- und wetterecht.



Indanthren

**Indanthren-Blau**  
Stuttgart, Königstr. 12.  
Es ist jassoeinfach. Schreiben Sie uns Ihre Wünsche und Sie erhalten unverbindlich Muster von Waschküchenschürzen, Kleiderstoffen, Wäscheleinen, Zetteln, Trikots, Möbel- u. Dekorationsstoffen. Versand von 20 Mark an portofrei.

Einige Hauptvertriebsstellen in Deutschland sind:

**Neuenbürg. Betrifft Bierziger-Feier!**

Die auf Samstag den 19. Juni im Gasthof z. „Bären“ anberaumte Bierziger-Feier muß umstandshalber bis zu einem späteren Termin verlegt werden.  
Der Ausschuss.

**Birkenfeld.**

Schöne geräumige 3 Zimmer-Wohnung wird von ruhiger Familie zu mieten gesucht.  
Offerten an die „Enztaler“-Geschäftsstelle erbeten.

**1500 Mark**

gegen 5-6fache Sicherheit auf 6 Monate aufzunehmen gesucht. Zins nach Vereinbarung.  
Angebot unter Nr. 235 an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.  
Salmbach.

**Zugelaufen**

sind mir heute ein großer Hühnerhund, Rabe, mit Kettenhalsband, 1 br. Spanischhündin. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei

**Fr. Außerer,**  
Vorst. d. Kleintierzuchtvereins.

**Unterriethenbach.**

Drei erstklassige Zucht-Farren von 14 bis 18 Mon. alt, mit Abst., hat zu verkaufen.  
**J. Schöninger,**  
Farrenhalter.

**Verlobungs-Anzeigen**

in Karten und Briefform liefert rasch und preiswert  
**C. MEEH'sche Buchdruckerei,**  
Inh. D. Ström.

**Württembergischer Schwarzwald-Berein**

**H. B. Neuenbürg. Wanderung**

**Dobel-Zeufelsmühle-Hohloch** am Sonntag, den 20. Juni 1926. Abgang 1/6 Uhr am Marktplatz. Bei genügender Beteiligung Autofahrt bis Dobel. Anmeldung bis Freitag nachmittag bei der Führung.  
**Hermann Bozenhardt.**

**Piano**

schwarz poliert, wenig gespielt, sehr preiswert zu verkaufen.  
Piano, eiche, 3. vermietet.  
**Schmid & Buchwaldt,**  
Pforzheim, Wehl. 23, 1 Treppe, gegenüber Schauspielhaus.

**Für Buchdrucker!**

Eine gebrauchte Siegeldruckpresse („Stella“) ist zu verkaufen. Preis 300 Mark.  
**Buchdruckerei Schneider,**  
Pforzheim.



**Damen- und Mädchen-Bekleidung**  
Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen

**C. Berner-Pforzheim**

Verkaufsräume parterre und eine Treppe hoch.

